

Politische Umsetzung des Green New Deal

„Mehr an einem Strang ziehen“

Der sozialökologische Umbau der Industriegesellschaft kommt seit Jahren kaum voran, weil ökologische und soziale Bewegungen nicht gemeinsam dafür kämpfen. Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Dieter Plehwe über die Chancen, die langjährige politische Stagnation zu überwinden.

Jenseits des Atlantiks werden eifrig Green-New-Deal-Konzepte diskutiert. In der deutschen Bundespolitik hört man bislang noch nicht allzu viel davon.

Warum ist das so?

Die politische und gesellschaftliche Situation in den USA ist ganz anders als hierzulande. Dort sind die sozialen Unterschiede viel extremer und vor allem viel sichtbarer als bei uns. Die progressiven und linken Kräfte der Demokraten, die sich für einen Green New Deal (GND) starkmachen, setzen hier an. Sie verstehen den GND nicht nur als ökologisches, klimapolitisches Programm, sondern als ein sehr breit angelegtes Modell, um die sozialen Ungleichheiten, die sich in den wilden Zeiten der neoliberalen Deregulierung und der Finanzkrise aufgetürmt haben, ein Stück weit wieder zu revidieren. Ganz in Anlehnung an Roosevelts New Deal aus den 1930er-Jahren geht es ihnen dabei nicht nur um eine technische Anpassung der Regulierung an die ökologischen Herausforderungen, die vor uns liegen, sondern vor allem um soziale Anliegen. Sie wollen die Spielräume, die Arbeitnehmer und Gewerkschaften in den letzten zwei, drei Jahrzehnten verloren haben, zurück-

erobern. Auf der anderen Seite stehen die Republikanische Partei und Präsident Trump, die sich als Sachwalter des neoliberalen Modells und entschiedene Gegner von Klimapolitik verstehen und deshalb den Kenntnisstand der Wissenschaft in Bezug auf den Klimawandel einfach leugnen.

Eine derart starke politische Polarisierung haben wir in Deutschland und Europa nicht. Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen in den USA um eine grundlegende Transformation des Kapitalismus oder ein mehr oder weniger kontinuierliches business as usual gibt es so bei uns – noch – nicht. Wahrscheinlich spielt deshalb der GND-Begriff bislang in Deutschland auch noch keine zentrale Rolle.

Wobei die Fragen an sich ja schon sehr lange in der Bundesrepublik diskutiert werden. Politische Schlagwörter wie „Große Transformation“ oder „Sozialökologischer Umbau der Industriegesellschaft“ sind auch hier keine Fremdwörter.

Sicherlich nicht, aber man darf die Symbolkraft des Begriffs New Deal nicht unterschätzen. In den USA verbindet das kollektive Gedächtnis damit das Überwinden der Großen Depression und der Massenarbeitslosigkeit der 1930er-Jahre. Er hat daher dort eine ganz andere Mobilisierungskraft als etwa der Begriff der Großen Transformation oder des Sozialökologischen Umbaus. Das scheinen mir fast schon technokratische Begriffe zu sein im Vergleich zur Strahlkraft des New-Deal-Begriffs in den USA.

Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen macht sich für einen europäischen „Green Deal“ stark. Wird das die politische Debatte über einen grundlegenden Wandel auch in Deutschland voranbringen?

Ich glaube nicht. Grundsätzlichere gesellschaftliche Reformkonzepte werden eher vom Zentrum der Politik absorbiert, um progressiven und grünen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen und den wirtschaftlichen Status quo zu erhalten. Meist läuft es so, dass sich die wirtschaftsnahen Parteien nach einer Phase der Ablehnung plötzlich zu Verwalterinnen der anstehenden klima- und umweltpolitischen Reformen machen. Das geschieht mit dem Ziel, größere Ambitionen aus Wissenschaft und sozialen Bewegungen zu kappen und die Transformation so marktkonform und wirtschaftsnah wie möglich zu gestalten.

Der GND-Vorschlag der Christdemokratin von der Leyen reiht sich da nahtlos ein in die Geschichte der Debatte um nachhaltige Entwicklung. Auch die begann ursprünglich mit einer dezidiert ökologischen und kapitalismuskritischen Perspektive und mündete dann in die Gründung des World Business Council for Sustainable Development (Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung). So konnten globale Wirtschaftskräfte der Debatte ihr Wachstumsparadigma ausdrücken, plötzlich wurde vom nachhaltigen und nicht mehr vom ökologisch verträglichen Wachstum gesprochen. Die kapitalismuskritischen Analysen in Bezug auf das Mensch-Natur-Verhältnis wurden – und werden – so bewusst unterbunden.

Welche Chancen hätte ein Green New Deal nach den nächsten – eventuell vorgezogenen – Bundestagswahlen?

Ich schätze die Chancen als extrem gering ein. Um eine weitreichende Reformpolitik bewirken zu können, müssten die politischen Kräfte zu Mehrheiten kommen, die eine relativ radikale sozialökologische Umgestaltungspolitik verfolgen, ähnlich wie die linken Demokraten in den USA. Mitte-links-Parteien wie Grüne, SPD und Linke zusammen landen regelmäßig bei Wahlumfragen und ja auch in den letzten Landtagswahlen bei kaum mehr als 40 Prozent. Eine progressive Regierungsmehrheit ist derzeit in Deutschland also praktisch ausgeschlossen. Was kalkulatorisch bleibt, ist Schwarz-Grün, aber damit hätten wir wieder ein Bündnis, das für eine sehr wirtschaftsnahe Interpretation eines sozialökologischen Umbaus steht. So wird es schwer werden, die sozialen Dimensionen des Wandels gleichberechtigt mit ökologischen Dimensionen zu verfolgen.

Andererseits ist der gesellschaftliche Rückhalt für Umweltpolitik dank der erstarkten Klimabewegung gerade sehr groß und zumindest verbal ganz oben auf der politischen Tagesordnung angekommen. Könnte ein neuer Gesellschaftsvertrag nicht ein Schlüssel sein, um aus der langjährigen politischen Stagnation herauszukommen?

Das ist sicherlich der große Hoffnungsschimmer, weil wir – endlich – eine Mobilisierung vor allem der jungen Leute sehen. Trotzdem bin ich sehr skeptisch, was die praktische Umsetzung eines GND-Konzeptes angeht. Für die alten Volksparteien

ist es zwar ein großes Alarmzeichen, dass sie bei den Erstwählern und den Wählerinnen bis 30 nur noch eine sehr geringe Rolle spielen und insbesondere die Grünen in dieser Altersgruppe eine sehr starke Position haben. Ob, wann und wie das aber zu progressiven gesellschaftlichen und Regierungsmehrheiten führt, ist schwer zu sagen. Kurzfristig wahrscheinlich eher nicht, denn auch der Höhenflug der Grünen kann den katastrophalen Einbruch der SPD nicht kompensieren. Zumal wir durch die Wahlerfolge der AfD gleichzeitig eine starke Verschiebung der Mitte nach rechts konstatieren. Deswegen übersetzt sich dieser Funke der Repolitisierung und der stärkeren Mobilisierung in Klimafragen bei Wahlen bis jetzt noch nicht wirklich in eine Regierungsmehrheit.

Was bei uns bislang ebenfalls fehlt, ist der entscheidende Brückenschlag zwischen sozialen und ökologischen Anliegen, wie er in den linken GND-Konzepten in den USA zu sehen ist. In Europa und insbesondere in Deutschland existieren noch immer zwei verschiedene Lager in der Zivilgesellschaft: Klima- und Umweltschutzbewegung auf der einen, die traditionellen (Industrie-)Gewerkschaften auf der anderen Seite. Diese beiden Seiten ticken sehr unterschiedlich, nicht nur was die Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft und den Aufbau ihrer jeweiligen Kampagnen angeht. Wenn es den beiden Lagern nicht besser als bislang gelingt, ein Bündnis einzugehen und gemeinsam für den sozialökologischen Umbau zu kämpfen, besteht die Möglichkeit, dass keines der progressiven Anliegen Erfolg haben wird.

Was müssten die angesprochenen Bewegungen tun, um sich zusammenzurufen und gemeinsam für progressive Mehrheiten zu sorgen? Bislang bewegen sie sich größtenteils in sehr unterschiedlichen Arenen und kommen nur punktuell zusammen.

Genau, das ist der entscheidende Punkt: Ökologische und soziale Bewegungen müssen mehr an einem Strang ziehen. Sie müssen gezielt Koalitionen schmieden und progressive zivilgesellschaftliche Bündnisse und Projekte entwickeln. Das ist ja nicht unmöglich. Nehmen wir den Kohleausstieg. Wenn dabei allein die Interessen der wenigen Kohlebeschäftigten, die es in Deutschland überhaupt noch gibt, im Fokus sind, stehen ihre Arbeitsplätze gegen den Klimaschutz. Wenn es aber eine klare Allianzbildung der Klimabewegung und der betroffenen Kohlearbeiter

gibt, dann weitet sich die Perspektive. Dann geht es mehr darum, auf welche Art und Weise der Ausstieg vollzogen wird und wie für die betroffenen Beschäftigten gleichwertige oder vielleicht sogar bessere Alternativen geschaffen werden können (vgl. S. 69 ff.). Es kommt ganz entscheidend darauf an, dass man diese Alternativen gemeinsam entwickelt. Ansonsten droht eine sehr unerfreuliche Spaltung der zivilgesellschaftlichen Akteure entlang ökologischer und sozialer Fragen. Das ist natürlich auch eine Organisationsaufgabe, da sind vor allem die Umweltverbände und die Gewerkschaften gefordert. Die müssten neue Allianzen schmieden, die eben nicht nur aus dem eigenen Blickwinkel auf die Politik zielen und gegeneinander konkurrieren, sondern sich an die konkrete Bearbeitung der Widersprüche und Problemlagen heranwagen.

Das Interview führte Anke Oxenfarth



Auf welchen Deal lassen Sie sich nicht (mehr) ein?

Besser den Spatz auf dem Dach als die Taube in der Hand.

Zur Person

Dieter Plehwe, geb. 1963, ist als Politikwissenschaftler seit 1998 in verschiedenen Abteilungen am WZB tätig, derzeit im „Zentrum

für Zivilgesellschaftsforschung“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Neoliberalismus, organisierte Zivilgesellschaft und politische Transformation, Thinktank-Netzwerke und Klimapolitik.

Kontakt

Dr. Dieter Plehwe
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
E-Mail dieter.plehwe@wzb.eu